



Sorgen der Kommunen sind ernst zu nehmen

Regierungsgezänk zum Haushalt war komplett überflüssig und hat nur Zeit gekostet

Offenbar ist der Kommunale Finanzausgleich „nicht zukunftsfest aufgelegt“, kommentierte Bodo Ramelow, LINKE-Fraktionsvorsitzender, das Getöse, mit dem endlich ein Haushaltsentwurf und ein so genannter Ausgleichsfonds vorgelegt werden soll.

„Das ganze Sommertheater hat dem Ansehen des Parlaments geschadet, das war ein politischer Bären dienst“, betonte Bodo Ramelow, mit Blick auf die Ankündigung, dass nun endlich dem Oktober-Plenum des Thüringer Landtags der Entwurf für einen Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 vorgelegt werden soll. Statt eine Verwaltungsreform und Kommunalreform auf den Weg zu bringen, werde jetzt nur wieder ein undurchschaubarer neuer Fonds erfunden.

„Die großspurig angekündigte Reform des kommunalen Finanzausgleichs scheitert offenbar an den Realitäten. Das verantwortungslose Regierungsgezänk zum Haushalt war komplett überflüssig und hat wertvolle Zeit gekostet“, erklärte Bodo Ramelow.

Wenn jetzt die Koalition einen verspäteten Haushaltsentwurf vorlegt, sei dies „alles andere als eine Erfolgsmeldung“. Es bleibe ein nicht hinnehmbarer Vorgang, dass ein Koalitionsstreit zwischen CDU und SPD auf dem Rücken der Kommunen und anderer Zuwendungsempfänger von Landesmitteln ausgetragen worden sei. „Der Streit, ob es nun ein Einzel- oder Dop-

pelhaushalt sein muss, war völlig daneben, weil dies weder auf die Einnahmen noch auf die Ausgaben Einfluss hat. Viel wichtiger ist, dass Kommunen ausreichend finanziert werden und Thüringen durch den Einstieg in eine Verwaltungs- und Gebietsreform zukunftsfähig gestaltet wird“, unterstrich Bodo Ramelow.

Ansichts der vorgesehenen Verkürzung der Berechnungsdauer beim Finanzausgleich forderte Bodo Ramelow einen längeren Berechnungszeitraum, der die unterschiedlichen Steuerschwankungen besser berücksichtigt, und keinen Taschenspielertrick. Der geplante Ausgleichsfonds sei „ein durchsichtiges Manöver, das das Einknicken der SPD kaschieren soll“.

Ausgleichsfonds ist nicht mehr als ein Schmerzmittel

Frank Kuschel mahnte die Landesregierung, die von den Kommunen geäußerten Bedenken zum sogenannten Haushaltskompromiss der Koalition ernst zu nehmen und nicht mit einem Federstrich wegzuwischen. „Danach aber sieht es aus und das ist verantwortungslos“, betonte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

Er hatte anlässlich der 23. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes am 26. September auf der Erfurter Messe, wo übrigens die LINKE Oberbürgermeisterin von Eisenach, Katja Wolf, ins Präsidium des

Kommunalverbandes gewählt wurde, erklärt: „Das Land ist in der Verantwortung, für eine angemessene kommunale Finanzausstattung zu sorgen, wie es selbst das Verfassungsgericht festgestellt hat. Lediglich drei Prozent der allgemeinen Finanzausweisungen stehen für freiwillige Leistungen zur Verfügung. Das Gericht hat aber damals geurteilt, dass dies viel zu wenig sei und die Quote zwischen fünf und zehn Prozent liegen müsse.“

Der Landtagsabgeordnete unterstrich zudem abermals, dass im kommunalen Finanzausgleich Tilgungsleistungen und der Investitionsstau der Kommunen positiv berücksichtigt werden müssen. Der nunmehr geplante kommunale Ausgleichsfonds sei „nicht mehr als ein Schmerzmittel, das aber die Finanzmisere der Kommunen nicht wirklich heilt“, sagte Frank Kuschel. Zudem sei der Ausgleichsfonds „das Eingeständnis, dass die neuen Verteilungsregelungen im Finanzausgleich nicht praxistauglich sind“.

Die Landesregierung tue offenbar alles, um „den kommunalen Finanzbrand zu beschleunigen, wenn nicht mal die erwarteten Steuermehreinnahmen in Höhe von 123 Millionen Euro bei den Kommunen verbleiben sollen“.

Notwendig seien klare Ansagen, wie diese unhaltbare Situation im Sinne der Zukunftsfähigkeit der Thüringer Kommunen gelöst werden soll. Auch Frank Kuschel hält dafür eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform für unumgänglich. ■

KOMMENTIERT:

von Matthias Bärwolff

„Warten auf Godot“

Es kommt einem vor wie „Warten auf Godot“. Aber Godot kommt eben nicht und das ist das große Problem. Seit 20 Jahren sagt die SPD, wir müssen die Ost-West-Angleichung im Rentensystem auf die Reihe bekommen. Sämtliche Anträge, die andere Fraktionen, insbesondere auch die damalige PDS und DIE LINKE, dazu eingebracht haben, wurden immer mit der ganz Großen Koalition abgelehnt.

Das ist doch das eigentliche Problem, dass die SPD nicht bereit ist, das was sie in den letzten zehn Jahren an Verschlimmbesserungen und am Herumdoktern an der Rentenformel zuungunsten der Rentnerinnen und Rentner bewerkstelligt hat, kritisch zu hinterfragen, grundsätzlich etwas umzustellen.

Das Papier der SPD ist kein großer Wurf, sondern man hat eher den Eindruck, das ist die Ankündigung, liebe Frau von der Leyen, liebe Frau Merkel, wir wollen gern unter die Kuscheldecke der großen CDU, der großen Koalition.

Die SPD hält mit ihrem Papier an den Grundfesten des neoliberalen Systems fest. Das heißt Rückbau der gesetzlichen Rente, Entlastung der Arbeitgeber und Entlassung der Arbeitgeber auch aus der paritätischen Finanzierung der Alterssicherung, Teilprivatisierung der Altersvorsorge und genau daran wird nicht gerüttelt. Das müssen wir ändern.

Die Rente muss sich auf die Lebenswelten der Menschen heute einstellen. Auch das Projekt der Zuschussrente, wie es Frau von der Leyen hier vorsieht, ist kein gangbarer Weg. Ich meine, damit wird einfach nur wieder ein Konjunkturpaket für die Versicherungswirtschaft aufgelegt und ein Konjunkturpaket für den Kapitalmarkt.

Wir als LINKE wollen eine solidarische Bürgerversicherung, eine solidarische Mindestrente, die steuerfinanziert und einkommens- und vermögensgeprüft ist, die zunächst 900 Euro betragen soll und im Endschnitt dann 1.050 Euro. Das heißt, wir brauchen Mindestlohn, Mindestsicherung und Mindestrente, so dass die Leute im Alter in Würde leben könnten, und nichts anderes.

(Aus der Rede des sozialpolitischen Sprechers der Linksfraktion, Matthias Bärwolff, in der Aktuellen Stunde am 19. September im Landtag zur „Altersarmut in Thüringen“, Antrag der SPD)

AKTUELL

Ausstellung „L'Humanité“

Ein zufälliger Fund von mehr als 100 Titelblättern der ersten sozialistischen Tageszeitung der Welt auf einem Dachboden und die großzügige Leihgabe aus dem Unstrut-Heinrich-Kreis ermöglichten eine ganz besondere Ausstellung auf dem Fraktionsflur im Thüringer Landtag. „L'Humanité 1904-1954: Deutschland von LINKS betrachtet“ ist eine eigens von Mitarbeitern der Fraktion konzipierte Ausstellung, die sich dem französischen Blick auf Deutschland im Lauf der „dunklen Jahre“ beschäftigt. Passend zum diesjährigen Pressefest in Paris, an dem auch Vertreter der Linksfraktion teilnahmen, wurde die Ausstellung am 19. September durch den Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow und die Kulturpolitikerin Dr. Bir-

git Klaubert im Beisein vieler Kulturinteressierter eröffnet und künstlerisch ausgestellt durch Felix Sowinski, Bundespreisträger im Akkordeon, sowie die deutsch-französische Schauspielerin Juliette

Schenkel. Der historisch-geschichtliche Teil der Ausstellung könnte dennoch aktueller nicht sein. In Zeiten von NSU, dem Terror von rechts, und einer besorgniserregenden Zahl von Menschen, die laut Thüringen Monitor „Angst vor Überfremdung“ haben, sind die warnenden Botschaften der „L'Humanité“ von einst gefährlich nah am Hier und Jetzt. Ein zweiter kleinerer Teil der Ausstellung widmet sich der Kunst, die die Zeitung immer wieder veröffentlichte. Es sind Werke von Picasso



ausgestellt, aber auch Streitschriften, Gedichte und Tagebucheinträge. Diese Kombination von Berichterstattung und Förderung und Verbreitung regionaler Kunst und Kultur ist die Erfüllung eines gesamtheitlich-gesellschaftlichen Auftrags, der in der heutigen Zeit leider viel zu kurz kommt. Die einmalige Ausstellung kann noch bis Ende Oktober im Landtag besichtigt werden. Bereits jetzt gibt es das Interesse aus dem Saarland, diese Ausstellung dort zeigen. Katinka Mittendorf ■